

Verkehrsbehörde im Umbruch

Mit Amtsleiterin Brigitte Pieper hört die nächste Führungsperson aus dem Ressort auf



Das Amt für Straßen und Verkehr, das bislang für die Sanierung der Autobahnen (hier die A1-Abfahrt Arsten) zuständig ist, braucht eine neue Leitung.

FOTO: DETMAR SCHMOLL

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Bremen muss sich in Sachen Verkehr neu aufstellen. Die Leiterin des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV), Brigitte Pieper, wird ihre Position abgeben und eine andere Aufgabe übernehmen. Das bestätigte Staatsrat Ronny Meyer auf Nachfrage des WESER-KURIER. Die Führungsposition soll nun neu ausgeschrieben werden.

Der stellvertretende Amtsleiter Ludger Schepfer wird kommissarisch die Leitung des ASV übernehmen. Die Straßenbau- und Verkehrsverwaltung mit circa 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll in Zukunft serviceorientierter und bürgernäher werden. Auch die Spitze der senatorischen Verkehrsbehörde steht vor einem großen Umbruch. Bereits im April des vergangenen Jahr hatte Senator Joachim Lohse seinen Rückzug angekündigt, und in der vergangenen Woche wurde bekannt, dass es den Verkehrs- und Baustaatsrat Jens Deutschendorf nach nur anderthalb Jahren zurück in seine hessische Heimat zieht.

Die 61-jährige Pieper war acht Jahre lang Chefin des Amtes für Straßen und Verkehr. Zuvor arbeitete sie als Referatsleiterin bei der Verkehrsbehörde, sie hat Ingenieurwesen studiert. Sie soll künftig in enger Abstimmung

mit Staatsrat Meyer die Führung eines Transformationsteams übernehmen. Dieses Team wird derzeit aufgebaut, um Aufgaben und Mitarbeiter der Verwaltung in die neu geschaffene Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA) beim Bundesverkehrsministerium zu überführen. Der Bund ist mit der IGA ab dem Jahr 2021 für die Planung, den Bau, den Betrieb sowie die Erhaltung und Finanzierung der rund 13 000 Kilometer Bundesautobahnen alleine zuständig. Die neue Gesellschaft wird also sämtliche Autobahn-Aufgaben übernehmen, wofür aus dem ASV und der Verkehrsbehörde Mitarbeiter gebraucht werden. Ein Standort der IGA ist in Bremen nicht geplant, dafür in Verden und Oldenburg, wie das Bundesverkehrsministerium mitteilt.

Die ausscheidende Amtsleiterin Pieper hat sich am Montag in einem Rundschreiben an die Mitarbeiter bereits für die Zusammenarbeit bedankt und über ihren Abschied informiert. Sie habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, sich beruflich noch einmal zu verändern, heißt es darin. Der Wechsel geschehe auf eigenen Wunsch und im Einvernehmen mit Staatsrat Meyer. Der sagt: „Frau Pieper hat es in Zeiten teilweise so knapper Mittel mit viel Engagement geschafft, Bremen im wahrsten Sinne

des Wortes am Laufen zu halten. Das war mit Sicherheit ein harter und auch oft undankbarer Job. Ich zolle ihr hierfür meinen Respekt.“

Am ASV hatte es in der Vergangenheit jede Menge Kritik gegeben. Vertreter der Handelskammer, der City-Initiative, von Bürgerinitiativen oder der Politik bemängelten die Arbeit und die Planungen des Amtes. Spekulationen darüber, dass aktuelle Fälle wie beispielsweise die Teilsperre der Lesumbrücke oder ähnliches zum Wechsel an der ASV-Spitze geführt hätten, streitet man in der Verkehrsbehörde

„Ich stelle mir ein modernes Amt vor, dass Bremen in die Zukunft der Mobilität führt.“

Staatsrat Ronny Meyer

vehement ab. „Das ist Kokoloeres, es gibt keinen konkreten Anlass. Dem widersprechen wir ausdrücklich“, sagt Behördensprecher Jens Tittmann.

Mit der Personalie verbindet Staatsrat Meyer allerdings hohe Anforderungen: „Ziel ist es, das ASV serviceorientierter als bisher aufzustellen“, sagt er. Gerade im Bereich Verkehr sei es wichtig, ganz nah an den Menschen in dieser Stadt zu arbeiten. Ein Beispiel, wie

das funktionieren kann, sei beispielsweise der runde Tisch zum Pflaster im Viertel. Dabei wurde gemeinsam mit Bürgern ein Positionspapier entwickelt.

Staatsrat Meyer verweist zudem darauf, dass er die Zusammenarbeit mit den Beiräten und Ortsämtern weiter stärken will. „Ich stelle mir ein modernes Amt vor, dass Bremen eng beratend in die Zukunft der Mobilität führt.“ Das Amt solle qualitativ hochwertige Straßenräume schaffen und wichtige Anforderungen wie Barrierefreiheit, Klimaschutz, Lärminderung aber auch die Straßenverkehrsordnung mitdenken. „Das muss künftig der Fokus der ASV-Arbeit sein“, so Meyer.

Der Umweltstaatsrat hat bis zum Ende der Wahl die Bereiche Bau und Verkehr von seinem Kollegen Deutschendorf übernommen, der sich am Montag im Ressort verabschiedet hat. Er wird als Staatssekretär in Hessen der neuen Landesregierung aus CDU und Grünen angehören und soll unter Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) wirken. Bereits nach dem Rückzug von Deutschendorf gab es Bedenken aus der Politik. Er hinterlasse eine Menge Baustellen, hieß es von der SPD. Die CDU sprach von einer „erschreckenden Verfassung“ des Verkehrsressorts und einer „führungslosen“ Behörde, weil ja zudem auch Senator Lohse seinen Rückzug angekündigt habe. Dem verbliebenen Staatsrat Meyer wird unterdessen nachgesagt, dass er auch für höhere Aufgaben geeignet sei.



Brigitte Pieper
FOTO: KUHAUPT

Jugend plant Rennbahnquartier

Bremen. Ein Naturspielplatz, eine Schule, ein See und viel Grün: Wenn es nach Bremer Jugendlichen geht, dann wird das neue Stadtquartier auf dem Gelände der ehemaligen Galopprennbahn in Hemelingen ein „bunter und erlebnisreicher Ort der kurzen Wege“. In die Planung, wie das etwa 36 Hektar große Areal konkret bebaut und genutzt werden soll, bezieht die Baubehörde nun auch Jugendliche aus den umliegenden Stadtteilen mit ein. Bei einem Beteiligungsworkshop entwickelten 30 Jungen und Mädchen zwischen zwölf und 18 Jahren verschiedener Jugendrichtungen aus Hemelingen, der Vahr und Blockdiek am Montag erste Ideen und Visionen davon, wie sie in Zukunft leben wollen.

Unter den Wünschen finden sich bunte Hausfassaden, ein Open-Air-Kino und ein Jugendzentrum, die ehemalige Tribüne wollen die Jugendlichen als Denkmal erhalten. Auch um nachhaltige Lösungen haben sie sich Gedanken gemacht: Auf den Straßen der Zukunft fahren Elektroautos und Fahrräder, Wärme soll mit Solarenergie gewonnen werden, die Verschmutzung der Grünflächen ist strengstens verboten – genauso wie „Stress und Beleidigungen aller Art“. Die Wünsche der Jugendlichen wollen nun mit in die nächste Planungsrunde nehmen, so der verantwortliche Stadtplaner Ronald Risch.

WWR

Eiswette schlägt hohe Wellen

Sieling übt scharfe Kritik an der Entscheidung des Vereins gegen seine Stellvertreterin Linnert

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Die Bremer Eiswette gibt es seit 1829, und wohl noch nie hat sie so hohe Wellen geschlagen wie in diesem Jahr. „Weil sie eine Frau ist – Bürgermeisterin darf nicht zu Spendengala“, titelte Spiegel-Online. Großen Widerhall fand der Vorgang auch in vielen anderen Medien und den sozialen Netzwerken.

Bei SPD und Grünen ist der Ärger riesen groß, dass Karoline Linnert (Grüne) nicht zum Eiswettfest eingeladen wurde, obwohl sie die Stellvertreterin von Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) ist, der am Sonnabend nicht in Bremen sein konnte. „Ich war offen entsetzt“, sagte Sieling am Montag im Gespräch mit Radio Bremen. Er habe keinerlei Verständnis für die Entscheidung des Eiswettvereins. „Das ist völlig aus der Zeit gefallen. Wir sind im Jahr 2019“, so der Bürgermeister. Bremen sei eine weltoffene Stadt, in der in jeder Hinsicht Gleichberechtigung gelte. „Mich ärgert zutiefst, was da passiert ist, es wirft ein schlechtes Licht auf uns.“

Nach Darstellung der Senatskanzlei hatte sich Sieling direkt an Eiswettpräsident Patrick Wendisch gewandt, nachdem klar war, dass er nicht am Eiswettfest teilnehmen kann, wie es für den Senatspräsidenten sonst üblich ist. Der Bürgermeister hat am Sonnabend die Be-

erdigung seines ermordeten Danziger Amtskollegen Pawel Adamowicz besucht. Danzig ist Partnerstadt von Bremen. Auf die Frage von Wendisch, wen man stattdessen als Vertreter des Senats einladen sollte, hat Sieling laut Senatskanzlei eine klare Antwort gegeben: „Meine Stellvertreterin ist Frau Linnert.“

Doch es kam bekanntlich anders. Noch nie in der Geschichte der Eiswette hat eine Frau an den Tischen der Festgesellschaft Platz nehmen dürfen. Und so sollte es auch dieses Mal wieder sein. Wendisch wählte als Ersatz für Sieling den Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD). „Wir sind ein Herrenklub, machen diesen Gendergaga nicht mit. Selbst der Papst würde nicht eingeladen, wenn er eine Frau wäre“, wird Wendisch in der „Bild“ zitiert.

Linnert kommentiert die Entscheidung mit Süffisanz: „Die Herren der Eiswette legen allergrößten Wert auf Etikette. Das Protokoll spielt dann aber plötzlich keine Rolle mehr, wenn – oh Schreck – die offizielle Vertretung des Bremer Bürgermeisters nun mal die Bremer Bürgermeisterin ist“, notiert sie in einem Eintrag bei Facebook. „Wir feiern in Deutschland 100 Jahre Frauenwahlrecht –

und die Eiswette hält es unter dem Deckmantelchen der Tradition noch immer für richtig, Frauen auszuschließen. Dessen ungeachtet wünsche ich den Herren einen schönen Abend.“

Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) war aus Protest dem Eiswettfest ferngeblieben. Andere Regierungsmitglieder wie Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) und Bausenator Joachim Lohse (Grüne) feierten jedoch mit. Die Grünen wollen das für den Senat unter den gegebenen Umständen künftig ausschließen, wie aus einem Dringlichkeitsantrag hervorgeht, der dem WESER-KURIER vorliegt. „Wir bitten den Senat, solange nicht mehr an Eiswettfesten teilzunehmen, wie Frauen dort ausgeschlossen sind“, erklärt Grünen-Fraktionschefin Maika Schaefer.

Die Haltung des Bürgermeisters geht in eine ähnliche Richtung. Sieling hat Eiswettpräsident Wendisch am Montag ins Rathaus einbestellt und ihn nach Angaben der Senatskanzlei mit Nachdruck aufgefordert, dass der Verein seine Regeln überprüft, damit so etwas wie am Sonnabend nicht mehr vorkommen könne.



Carsten Sieling
FOTO: KOCH



Mädchen von heute ziehen Hosen an, um wie Jungs auszusehen, und durchsichtige Blusen, um zu beweisen, dass sie keine sind.

HEINZ DRACHE (1923-2002)

DAS WIRD HEUTE WICHTIG IN BREMEN

POLITIK

Programm der Freien Wähler

1 Für ihr Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl haben die Freien Wähler in Bremen ihre Mitglieder nach eigenen Angaben umfangreich miteinbezogen. Am Mittag stellt die Vereinigung das Ergebnis, das nach eigenen Angaben den Schwerpunkt auf die Bereiche Bildung, Stadtentwicklung und ein funktionierendes Gemeinwesen setzt, vor.

KULTUR

Videospiel-Ausstellung startet

2 Im Institut Francais wird noch bis zum 6. April die Vielfalt der französischen Videospiel-Produktionen gezeigt.

WIRTSCHAFT

Familienunternehmer laden ein

3 Beim Neujahrsempfang der Familienunternehmer dreht sich am Abend in der Havana Lounge alles um die Bürgerschaftswahl: Die Spitzenkandidaten von CDU und FDP, Carsten Meyer-Heder und Lencke Steiner, stellen sich dort einem Interview.

VERKEHR

OHB zielt Straßenbahn

4 Demnächst wird eine Straßenbahn mit Motiven des Raumfahrtunternehmens OHB durch Bremen kurven. Mit dieser Maßnahme will OHB um Fachkräfte werben. An diesem Dienstag werden die Pläne vorgestellt.

Neue Kampagne zur Europawahl

Mehr Bremer sollen abstimmen

Bremen. Gleich zwei Parlamente dürfen die Bremer im Jahr 2019 wählen: das bremische und das europäische. Bis zum Urnengang am 26. Mai sind es noch 124 Tage. Das nahm Staatsrätin Ulrike Hiller zum Anlass, Vertreter verschiedener Vereine am Montagabend zu einem Europäischen Neujahrssimpuls einzuladen.

Tanja Baerman, die das Land Bremen in Brüssel vertritt, dankte im Namen Hillers den Vereinen für ihr Engagement, das sie in den vergangenen Jahren für Europa gezeigt hätten. Den Neujahrssimpuls nutzte Baerman auch dazu, die Kampagne „In Bremen leben – Europa wählen“ vorzustellen. Dabei soll es darum gehen, die Bürgerinnen und Bürger auf die Europawahl aufmerksam zu machen. Deutsche sollen genauso wie andere EU-Bürger, die in Bremen leben, ihr Wahlrecht wahrnehmen. Um diese Botschaft zu vermitteln, hofft Baerman auf die Unterstützung der Bremer Initiativen und Vereine.

Gabriele Woidelko, bei der Körber-Stiftung zuständig für Geschichte und Politik, hielt einen Impulsvortrag über den Wert Europas. Sie verwies auf die für Europa wichtigen, historischen Ereignisse, die sich 2019 jähren – etwa der Beginn der Friedensverhandlungen vor 100 Jahren in Versailles oder der Fall der Mauer vor 30 Jahren. Sie betonte, wie wichtig es sei, die Menschen vom Wert Europas zu überzeugen. „Wir als Bürgerinnen und Bürger sind verantwortlich, die freiheitliche, demokratische und offene Gesellschaft zu verteidigen“, sagte Woidelko. Dazu gehöre es auch, mit den Menschen zu sprechen, die nicht die eigene Meinung teilen. „Wir müssen respektvoll miteinander diskutieren.“

In einer anschließenden Diskussionsrunde kam unter anderem Emanuel Herold von „Pulse of Europe“ zu Wort. Die Initiative plant laut Herold für die Wochen vor der Europawahl regelmäßige Kundgebungen auf dem Bremer Marktplatz. BU